

Wilhelm Beck und die Geschichtsforschung

Wilhelm Beck hat in seiner Schrift «Das Recht im Fürstentum Liechtenstein» auf die Bedeutung geschichtlicher Kenntnisse hingewiesen. Ein Anliegen war ihm etwa die Untersuchung der «wirtschaftlichen Stellung und Abhängigkeit der liechtensteinischen Bevölkerung von den Nachbarstaaten», in erster Linie hinsichtlich der «Wanderarbeiter». Wilhelm Beck hatte zahlreiche dieser liechtensteinischen Saisoniers während seiner Zürcher Studien getroffen. Dort teilte der junge Beck, wird berichtet, das Zimmer mit einem dieser «Wanderarbeiter». Mit ihnen diskutierte er die liechtensteinische Situation, er sah die Notwendigkeit von Untersuchungen wie der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland.

Anregungen für die Forschung

Beck regt in seinem Buch zur Erforschung der liechtensteinischen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte an und wünschte die Sammlung der alten Rechtsquellen. Als Forschungsthemen nannte er: historische Grundlagen der Verfassung, Reallasten, Realrechte (Fronen, Grundzinse, Wassergerechtigkeiten, etc.), Tiermarken, Haus- und Familienzeichen, das alte Bienenrecht, Stellung und Bedeutung des Landammannes, Sprach- und Dialektforschungen, Grundrechte, Grundlasten, Staatswirtschaft (Budget) und volkswirtschaftliche Fragen (Grundbuch). Aktuellen Bezug hatte der Wunsch nach einer Untersuchung über die Vor- und Nachteile des bestehenden Zollanschlusses mit Österreich. Hochmodern muten Forschungsthemen an wie: Bodenzersplitterung, Wanderarbeiter (Migrationsforschung), Hygiene, Krankheit und Mortalität. Im Bereich der Kulturgeschichte nennt Beck das Brauchtum und die Sammlung von Sagen und Altertümern. Er wies auf die «öffentliche Meinung» als immer wichtigeren Faktor hin!

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
21850.

Gründung der Stiftung für das Alter (16.2.).

In einer Abstimmung wird die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes abgelehnt (26./28.2.).

Ein Lawinenunglück im Malbun fordert zwei Tote (29.2.).

Ein Demonstrationzug für das Frauenstimmrecht wird von Gegnern angegriffen (5.3.).

Einweihung des Jugendhauses Malbun (25.9.).

Einführung der obligatorischen Krankenversicherung (24.11.).



Enttäuschte Frauen demonstrieren nach der Ablehnung des Frauenstimm- und Wahlrechtes in einer vorangegangenen Abstimmung vor dem Regierungsgebäude.